

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 24. September 2010, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Acker, Backes, Becker, Biebusch, Böttcher, Büchner, Daser, Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Gottschlich, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, von Ploetz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Dr. Therre-Staal

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter,

FDP: Schwebel, Sawalies

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel
Sprywald und Stürmer.

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Ackermann und Heck, (CDU), Dr. Baumann, Köhler, und Schäfer, (B90/Die Grünen), Dr. Weber und Schäfer, (Marburger Linke), Prof. Dr. Dingeldein, (FDP) und die ehrenamtlichen Stadträte Biver und Hertlein sowie Stadträtin Laßmann.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. August 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche der ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegt eine weitere Vorlage des Magistrats vor:

Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung VO/1497/2010

Es handelt sich um eine Kenntnisnahme die bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.09.2010 beraten wurde. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt. Der Stadtverordnetenvorsteher fügt diese Vorlage als TOP 16.2 in die heutige Tagesordnung ein. Dagegen wird nicht gesprochen. Die Vorlage liegt als Tischvorlage auf den Plätzen der Stadtverordneten.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 1 09/2010) Vorlage: VO/1528/2010

Wieso ist das Grundstück (ehemaliger Spielplatz) Waldweg / Unter den Steinbrüchen in Wehrda in einem so desolaten Zustand?

**Überwuchernde Büsche ragen bis in den Fahrbahnbereich sowie eine verwilderte Grundstücksfläche zieren das Landschaftsbild in einem Bereich, der von Spaziergängern sehr stark genutzt wird. Unfallgefahr ist gegeben. Ist die Stadt Marburg Eigentümer dieses Grundstücks?
Wenn ja, wann wird Abhilfe geschaffen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadt ist Eigentümerin des Grundstückes.

Da auf dem Gelände Kieselrot gefunden wurde, musste es abgesperrt werden. zurzeit werden Entsorgungsmöglichkeiten des belasteten Materials geprüft, um eine möglichst kostengünstige Lösung zu finden.

Die Sanierung der Fläche wird mittelfristig erfolgen.

Der Überhang der Sträucher wird nach Bedarf zurückgeschnitten.

Eine Unfallgefahr geht derzeit von dem Grundstück nicht aus!

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 2 09/2010)
Vorlage: VO/1546/2010**

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum bei den neuen Lahnterrassen vor der Mensa noch immer ein Bauzaun steht?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Weil nunmehr mit dem 2. Bauabschnitt begonnen wurde.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 3 09/2010)
Vorlage: VO/1509/2010**

Im November 2007 wurde auf Antrag der CDU beschlossen, „ dass an Bushaltestellen im Stadtbereich Fahrpläne mit den Abfahrtzeiten in dem Lichtbereich der Wartehäuschen oder mit einer solaren Beleuchtung ausgestattet werden, damit eine Lesbarkeit gewährleistet ist“. Warum hat sich trotz eines Erinnerungsantrages aus 2008 bisher kaum etwas getan?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Stellungnahme: Eine Beleuchtung von Aushangfahrplänen ist derzeit nur folgender Weise möglich:

- Aushang der Fahrpläne in den Wartehallen: Dies ist bereits in den Fahrplanjahren 2008 und 2009 für alle Wartehallen erfolgt, die mit einer Fahrplanvitrine ausgestattet sind. In den dort angebrachten Vitrinen ist der Aushang von bis zu 4 Fahrplänen möglich, die Beleuchtung erfolgt in diesem Fall dann über die Wartehallenbeleuchtung.
- Ausrichtung der Fahrplankästen auf die vorhandene Straßenbeleuchtung: Der Streckendienst hat an den meisten Haltestellenmasten an denen es sinnvoll ist, die Fahrplankästen so gedreht, dass der Lichtschein der Straßenbeleuchtung die Lesbarkeit der Fahrplanaushänge ermöglicht.

Zur Verbesserung der Lesbarkeit der Fahrplantabellen im Dämmerungslicht sind die Aushänge im Fahrplanjahr 2009 im Layout und in der Typographie überarbeitet worden. Die Abfahrtzeiten werden jetzt größer und fett gedruckt, die Übersichtlichkeit wurde verbessert.

Mit den genannten Maßnahmen wurden seit der Beschlussfassung bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, die Lesbarkeit der Fahrplanaushänge in den Abendstunden zu verbessern.

Derzeit bietet der Markt für Stadtmöblierungselemente noch keine preiswerten und vandalismussicheren Möglichkeiten an, die aktuellen Fahrplanaushangkästen mit einer Beleuchtungseinrichtung auszurüsten.

Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Fahrgastinformation bei Dunkelheit soll im Rahmen des Umbaus des Bahnhofsvorplatzes nach und nach an wichtigen Haltestellen eine selbstleuchtende, dynamische Fahrgastinformation (DFI) aufgebaut werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dirk Vaupel (Nr. 4 09/2010)
Vorlage: VO/1510/2010**

Wer kontrolliert in welchem Abstand das Durchfahrtsverbot in der Oberstadt während der Sperrzeiten, insbesondere mit Blick auf Mietwagen- und Lieferverkehre?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch die Ordnungspolizei, insbesondere durch den in der Oberstadt wache eingesetzten Mitarbeiter, werden in unregelmäßigen Abständen und zu verschiedenen Tageszeiten Kontrollen durchgeführt.

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 5 09/2010)
Vorlage: VO/1529/2010**

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie viele Anträge und Anfragen auf Errichtung von Photovoltaik- und Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden in der Kernstadt und in den ländlichen Stadtteilen in den letzten 5 Jahren eingegangen sind und wie seitens des zuständigen Fachamtes entschieden wurde?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

An die Untere Denkmalschutzbehörde wurden in den vergangenen 5 Jahren ca. 30 Anträge und Anfragen zur Realisierung von solarthermischen- sowie Photovoltaikanlagen gerichtet.

Hiervon entfallen die Hälfte auf großflächige PV-Installationen bei landwirtschaftlichen Gebäuden in denkmalgeschützten Gesamtanlagen, zumeist in den Außenstadtteilen. Die andere Hälfte betrifft vor allem kleinere solarthermische Anlagen in kernstädtischen Bereichen, wie dem Südviertel, Ockershausen, Cappel und Wehrda.

Innerhalb der Marburger Altstadt sind 4 solarthermische Einheiten in nicht einsehbaren Dachlagen genehmigt worden, wovon jedoch nur 2 auch errichtet wurden.

Sämtliche beantragte Anlagen wurden dem Denkmalbeirat vorgestellt.

Dessen Votum folgend wurden nur 3 Anlagen mit direkt störendem Blick auf hochwertige denkmalrelevante Ortsansichten oder in Nachbarschaft von Einzelkulturdenkmälern negativ bewertet, so dass eine Versagung der Unteren Denkmalschutzbehörde erfolgte. Hiervon befanden sich 2 innerhalb Ginseldorfs.

Bei ca. 5 Anfragen ist keine Umsetzung des Vorhabens erfolgt, sei es aus der Erkenntnis heraus, dass ein wirtschaftlicher Betrieb aufgrund des Abgleichs von Größe, Ausrichtung oder Verschattung und zu tätiger Investitionen nicht möglich erschien oder weil sich Betreiber(-gruppen) aufgrund der zu tragenden Anteilskosten wieder umorientiert haben.

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 09/2010)
Vorlage: VO/1542/2010**

Das Stadtparlament hat die Einrichtung einer „Scheunenbörse“ beschlossen. In der August-Sitzung des Bau- und Planungsausschusses hat die Verwaltung auf Nachfrage mitgeteilt, dass dies in Arbeit sei und die nötigen Aufträge für die technische Durchführung erteilt seien. Wie weit sind die „menschlichen Komponenten“ gediehen, nämlich die persönliche Ansprache der Eigentümer/innen von leer stehenden Gebäuden zur

Akquirierung entsprechender Angebote für die „Scheunenbörse“ und die Bekanntmachung der Angebote für potentielle „Käufer/innen“?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In Bauerbach und in Wehrshausen finden am 27.09. und 06.10.2010 Informationsveranstaltungen zum Thema Innenentwicklung statt.

Die Ergebnisse der Bestandsanalyse sollen den Ortsbeiräten und interessierten BürgerInnen aus den Außenstadtteilen vorgestellt werden. Neben einem Ausblick auf die weitere Projektarbeit wird auch Herr Schnarr, der Initiator der Altbau-Börse, sein Konzept vorstellen und die Möglichkeiten und Handhabung der Internet gestützten Altbau-Börse erläutern.

Über die anwesenden OrtsvorsteherInnenen/Ortsbeiratsmitglieder können gezielt interessierte EigentümerInnen in den Stadtteilen angesprochen werden - Info-Flyer, die in den Stadtteilen ausgelegt oder an Interessierte verteilt werden sollen, werden vom Büro zur Verfügung gestellt.

Die Verbreitung soll auch über Pressearbeit begleitet werden.

**zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 7 09/2010)
Vorlage: VO/1511/2010**

Wurde das Gelände des Germanensportplatzes in der Weintrautstraße inzwischen öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben und wenn ja, welcher Qualität sind die bislang eingegangenen Angebote bzw. wenn nein, wann ist mit der Ausschreibung zu rechnen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nach dem Satzungsbeschluss in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. 8. 2010 folgt demnächst die öffentliche Bekanntmachung in den hiesigen Presseorganen.

Die Gespräche zur Vorbereitung der öffentlichen Ausschreibung des Baugeländes werden in Kürze stattfinden. Konkrete Kaufangebote liegen derzeit noch nicht vor, Anfragen in vielfacher Hinsicht sind bereits registriert.

**zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 8 09/2010)
Vorlage: VO/1543/2010**

Warum wurde bei der Markierung von fahrbahnverengenden Flächen in der Wehrdaer Straße nicht darauf geachtet, dass durch die Markierungen auch zusätzliche Stellflächen für Autos geschaffen werden konnten, und ist geplant, dies bei der endgültigen Markierung zu berücksichtigen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ursprünglich waren fahrbahnverengende Maßnahmen durch Baumpflanzungen in

Verbindung mit der Markierung von Parkflächen vorgesehen. Diese Planungen wurden in Abstimmung mit dem Ortsbeirat und den Anwohnern mehrfach modifiziert.

Nach dem derzeitigen Stand der Beratungen werden im Zuge der Baumpflanzungen voraussichtlich vier Parkplätze entstehen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Vaupel (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 9 09/2010)
Vorlage: VO/1512/2010**

Trifft es zu, dass die Gewobau für ihre Wohnungen - u. a. im Bereich Gemoll und Graf-von-Stauffenberg-Straße - eine Reinigungsfirma beauftragt hat, und - falls ja: - inwieweit ist dies mit den bestehenden Mietverträgen vereinbar?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

1. Die GeWoBau Marburg-Lahn wird die wöchentliche Reinigung der Treppenhäuser, der Hauszugangswege und der Müllstellplätze sowie die Durchführung des Winterdienstes in ihrem gesamten Gebäudebestand Zug um Zug an Fachfirmen vergeben.
2. Reinigungsfirmen sind zwischenzeitlich beauftragt
 - a. in 166 Wohngebäuden am Richtsberg, Friedrich-Ebert-Straße, In der Gemoll und der Graf-von-Stauffenberg-Straße
 - b. darüber hinaus in 48 Wohngebäuden Am Ortenbergsteg, An der Zahlbach, am Alten Kirchhainer Weg, dem Schenkendorfweg, der Oberstadt, etc.
3. Die GeWoBau hat erstmalig im Jahr 2001 eine Umfrage unter ihren älteren Mieterinnen und Mietern durchgeführt und nach dem Interesse an haushaltsnahen Dienstleistungen (Hausreinigung, Winterdienst, Einkaufsservice, etc.) gefragt. In der Folge hat die GeWoBau für einzelne Mietparteien zu allerdings hohen Kosten die Reinigung und den Winterdienst vermittelt. Weil auch jüngere Haushalte an dieser Dienstleistung Interesse bekundeten, hat die GeWoBau ab 2004 begonnen, gesamte Hausgemeinschaften auf eine Fremdreinigung umzustellen. Im vergangenen Jahr wurden erstmalig ganze Straßenzüge umgestellt.
4. Die GeWoBau erhofft sich durch die Fremdreinigung
 - a. eine höhere Reinlichkeit in den Häusern und den Außenanlagen und damit eine Steigerung der Wohnqualität.
 - b. mehr Sicherheit für ihre Mieter durch einen zeitnahen Winterdienst.
 - c. das ältere Mieterinnen und Mieter nicht auf Schwarzarbeit zurückgreifen müssen oder zu hohen Preisen diese Dienstleistung einkaufen müssen.
5. Richtig ist, dass mit der Fremdvergabe zusätzliche Kosten in Höhe von 12 bis 16 Euro pro Monat und Wohnung entstehen. Umgekehrt hat die GeWoBau

bis heute ihre Hauswartkosten nicht auf die Mieter umgelegt.

20% dieser Kosten können im Übrigen als haushaltsnahe Dienstleistungen von der Steuer abgezogen werden, sofern steuerpflichtiges Einkommen besteht. Wir weisen dies in der Betriebskostenabrechnung gesondert aus.

6. Die Vergabe von Reinigungsdienstleistungen ist einem Hauseigentümer grundsätzlich gestattet und bedarf nicht der Zustimmung durch die Mieter. Die Frage geht wohl aber dahin, ob die Umlage von Hausreinigung und Winterdienst auf die Betriebskosten vertraglich möglich ist.

Seit einigen Jahren vereinbart die GeWoBau bereits bei Vertragsabschluss die Umlage der Hausreinigungs- und Winterdienstkosten. In den Fällen, wo dies nicht ausdrücklich vereinbart ist, haben die Mieter die Möglichkeit, spätestens bei der schriftlichen Anpassung der Betriebskostenvorauszahlung Widerspruch einzulegen.

Insgesamt haben nur 22 von 1.821 Mietparteien Widerspruch eingelegt. Davon konnten zwischenzeitlich 8 überzeugt werden, das Angebot anzunehmen. Die Mieterinnen und Mieter der GeWoBau sind ausdrücklich einverstanden mit der Neuregelung der Hausreinigung und des Winterdienstes.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 10 09/2010)
Vorlage: VO/1530/2010**

Werden - vom wem und wie dokumentiert - die Spielgeräte auf den Kinderspielplätzen in Marburg entsprechend den vorgegebenen Richtlinien kontrolliert?

Da der Fragesteller zurzeit noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Die Kontrollen von Kinderspielplätzen im Stadtgebiet Marburg werden entsprechend der DIN EN 1176 und der aktuellen laufenden Rechtsprechung durchgeführt. Der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur ist für die Einhaltung dieser Kontrollen verantwortlich. Ein Mitarbeiter des Fachdienstes ist ausschließlich für diese Aufgaben abgestellt. Kleinere Reparaturen werden von ihm vor Ort direkt erledigt. Größere festgestellte Mängel werden an unseren Dienstleistungsbetrieb (DBM) beauftragt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 11 09/2010)
Vorlage: VO/1531/2010**

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtet, dass erstmals seit fast 20 Jahren die Mieten wieder rapide steigen. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat diesbezüglich Marburg betreffend?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Mietniveau von Wohnungen in der Universitätsstadt Marburg ist seit langem vergleichsweise hoch. Dieser Fakt ist aus verschiedenen Untersuchungen auch allgemein bekannt. Deshalb begleitet die Universitätsstadt Marburg Wohnungsbauprojekte regelmäßig positiv.

Denn nur ein größeres Angebot an Wohnraum ist in der Lage entspannend auf den Wohnungsmarkt zu wirken und den Anstieg von Mietpreisen zu dämpfen. Übrigens bewirkt ein immer mal wieder geforderter Mietpreisspiegel das genaue Gegenteil. Er schreibt nämlich das hohe Mietpreisniveau geradezu fest und verleitet Vermieter zur Anpassung ihrer Mieten nach oben.

Trotz des bereits gehobenen Mietpreisniveaus hat auch in Marburg in den letzten Jahren ein erneuter Anstieg der Mieten stattgefunden. Das renommierte BulwinGesa Institut hat für Marburg festgestellt, dass im Neubaubereich die durchschnittlichen Quadratmetermieten von 6,80 € im Jahre 2004 auf 7,50 € in 2009 angestiegen sind (10,3 %) und bei der Wiedervermietung von durchschnittlich 5,50 €/qm in 2004 auf 6,50/qm in 2009 (18,2 %). Der Magistrat wird weiterhin danach streben, durch die Unterstützung von Wohnungsbauprojekten unterschiedlicher Art den Wohnungsmarkt nachfragefreundlicher zu gestalten.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 12 09/2010)
Vorlage: VO/1532/2010**

Gab es in diesem Jahr bisher Zwangsumzüge von Hartz IV-Empfängern in Marburg und wenn ja - wie viele?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg hat keine behördliche Zuständigkeit für die Leistungsgewährung nach den Bestimmungen des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) und kann daher die Frage, ob und, wenn ja, wie viele Zwangsumzüge in diesem Jahr stattgefunden haben, selbst nicht beantworten.

Auf eine entsprechende Anfrage beim Kreis Job-Center haben wir bisher noch keine Rückmeldung.

Auf ähnliche Anfragen in den vergangenen Jahren erhielten wir üblicherweise die Antwort, dass dies nicht zentral erfasst wurde bzw. keine stattgefunden haben.

Im Landkreis werden die Daten zurzeit zusammengetragen.

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 13 09/2010)
Vorlage: VO/1513/2010

Wie viele Geschwindigkeitskontrollen wurden in diesem Jahr bisher auf der Stadtautobahn B3a und mit welchen Ergebnissen durchgeführt.

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Im Jahr 2010 wurden auf der Stadtautobahn B3 insgesamt 31 Messungen durchgeführt. Von den dabei gemessenen 138.434 Fahrzeugen überschritten 11.567 (8%) die zulässige Höchstgeschwindigkeit.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 14 09/2010)
Vorlage: VO/1517/2010

Wie viele Geschwindigkeitskontrollen wurden in diesem Jahr bisher in Tempo 30 Zonen im Bereich von Schulen und mit welchen Ergebnissen durchgeführt.

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Im Jahr 2010 wurden in Tempo 30 Zonen im Zuge der Schulwegsicherung bisher 57 Messungen durchgeführt. Von den dabei gemessenen 63.286 Fahrzeugen überschritten 3.638 (6%) die zulässige Höchstgeschwindigkeit.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 15 09/2010)
Vorlage: VO/1533/2010

Trifft es zu, dass die Hauptpost in der Bahnhofstraße nach einer Auslagerung der Paketannahme zeitnah von Schließung bedroht ist?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Die Rückfrage bei der zuständigen Regionalleitung der Deutschen Post AG hat ergeben, dass eine Schließung der Post in der Bahnhofstraße nicht beabsichtigt ist.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 16 09/2010)

Vorlage: VO/1518/2010

Wie wurde die neu eingerichtete Anlaufstelle für Drogenabhängige in der Bahnhofstraße angenommen und gab es Probleme im Umfeld?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Projekt der AidsHilfe Marburg „Safeway“, Anlaufstelle für Konsumenten harter, illegaler Drogen, existiert bereits seit dem Jahr 2001 und befindet sich seit 2005 in der Bahnhofsstraße.

Das übergeordnete Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Alltags- und Lebensbedingungen, die Verringerung von Gesundheitsrisiken sowie die Schaffung alternativer Lebensperspektiven und deren Aufrechterhaltung durch das Aufhalten oder Verzögern zerstörerischer Prozesse.

Die Entwicklung der Besucherzahlen war im Jahr 2009 rückläufig, hat sich aber im laufenden Jahr im Durchschnitt mit 30 Besucherinnen und Besucher pro Öffnungszeiten stabilisiert.

Die Besucherinnen und Besucher verweilen längere Zeit in der Einrichtung und wenden sich mit ihren Anliegen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Gesprächs- und Beratungsangebot wird gut genutzt.

Der Polizei sind keine Straftaten in der näheren Umgebung der Einrichtung bekannt, die im Zusammenhang mit diesem Personenkreis stehen.

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 17 09/2010)

Vorlage: VO/1519/2010

Wie sieht die finanzielle Bilanz aus, wenn der Parkplatz Pilgrimstein spätestens 2014 aufgegeben werden muss? Wie teuer war der Parkplatz und welche Einnahmen sind bis 2014 zu erwarten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Herstellung des Parkplatzes Pilgrimstein hat ca. 350 T€ gekostet.

Die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Philipps-Universität Marburg und der Universitätsstadt Marburg sehen eine Nutzung bis 31.12.2016 vor, bis zu diesem Zeitpunkt wäre der Investitions- und Betriebsaufwand über die zu erwartenden Erträge gedeckt.

Das vertraglich vereinbarte Sonderkündigungsrecht zum 31.12.2014 löst eine Entschädigungszahlung wegen entgangener Erträge bei der Philipps-Universität Marburg aus.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 18 09/2010)
Vorlage: VO/1520/2010**

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie die Auftragsvergabe sich gestaltet in Bezug auf das Projekt „Starke Eltern - Starke Kinder“, wie finden Personenkreise mit hohen Bedarfen Berücksichtigung und kann man Stadtpassinhaber ggf. näher an Ziele des Projektes (Grundlagenvermittlung) bringen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Kurse „Starke Eltern - Starke Kinder“ werden durch den FB Kinder, Jugend, Familie in unterschiedlichen Modellen gefördert:

- Zwischen dem FD Kinderbetreuung und der Ev. Familien-Bildungsstätte (fbs) existiert eine Vereinbarung, die der fbs eine finanzielle Unterstützung von bis zu 3.000,00 € im Jahr gewährt, um das vom Deutschen Kinderschutzbund entwickelte Konzept der Trainingskurse „Starke Eltern - Starke Kinder“ niedrigschwellig in den Kitas und Grundschulen von Marburg anzubieten. Der Zuschuss soll es auch ermöglichen, dass die Teilnehmerinnen/Teilnehmer eine reduzierte Kursgebühr von 35,00 € für 10 Trainingseinheiten bezahlen.
- Durch den Verbund der Bildungspartnerschaften wurden im Rahmen der Gemeinwesenarbeit einige Kurse „Starke Eltern - Starke Kinder“ angeboten. Diese konnten für die Eltern kostenfrei in den Stadtteilen Richtsberg und Stadtwald durchgeführt werden. Am Richtsberg wurde auch eine Trainingsreihe in russisch angeboten, um den sprachlich nicht so gefestigten Elterngruppen eine geeignete Motivation zum Besuch dieses Kurses zu bieten.
- Die angebotenen Kurse beim FD Jugendförderung (im Haus der Jugend) werden so bezuschusst, dass eine Teilnahme-Gebühr von 40,00 € zu zahlen ist.

Der Bedarf nach Unterstützung und Hilfe in Erziehungsfragen wird von allen Trägern sehr deutlich gesehen. Es muss deshalb weiter an geeigneten Modellen gearbeitet werden, den unterschiedlichen Elterngruppen, die die Kurse bisher nicht besuchen, den Zugang dazu zu verschaffen, über Schwierigkeiten und Probleme bei der Erziehung von Kindern zu sprechen und sich auszutauschen. Dafür müssen weiterhin sowohl strukturelle als auch finanzielle Anreize geschaffen werden.

Eine Reduzierung der Kursgebühr für Stadtpassinhaber wird als Möglichkeit gesehen, diesem Personenkreis den Zugang zu den Kursen zu erleichtern.

Es müssen aber noch andere Varianten der Erreichbarkeit erprobt werden. Es ist leichter, die Zielgruppe der interessierten und sensibilisierten Eltern zu gewinnen als die Gruppen, die nicht die Motivation und das Problembewusstsein haben, um sich aus eigenem Antrieb um die Elterntrainings zu kümmern.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 19 09/2010)
Vorlage: VO/1521/2010**

Welche Intentionen stehen hinter dem Projekt, am gläsernen Außenaufzug am Parkhaus Pilgrimstein an Landgraf Philipp von Hessen, Elisabeth von Thüringen und Emil-von-Behring zu erinnern?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ich verweise - mit Blick auf die Geschichte Marburgs - gern auf die drei Säulen, auf denen Marburg als Stadt ruht. Das sind Elisabeth von Thüringen, Landgraf Philipp von Hessen und Emil von Behring.

Die heilige Elisabeth steht für Mitgefühl, für Anteilnahme, Fürsorge und Hilfsbereitschaft. Und sie hat mit ihrem Wirken für arme und hilfsbedürftige Menschen vorgelebt, was Toleranz ist.

Landgraf Philipp von Hessen, der Großmütige genannt, war ein bedeutender Verbündeter Martin Luthers und machte Hessen zu einem Zentrum der Reform, die nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens verändern sollte. 1527 gründete er die Universität Marburg, die erste protestantische Hochschule der Welt.

Emil von Behring ist ein Mann der Neuzeit. Er ist der erste Nobelpreisträger für Medizin, und er hat durch seine Fähigkeiten den Grundstein gelegt für den Wirtschaftsstandort Marburg. Denn Emil von Behring hat Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung zum Nutzen der Allgemeinheit umgesetzt und zwar mit wirtschaftlichem Erfolg.

Diese drei Persönlichkeiten gehören zu Marburg. Elisabethkirche, Landgrafenschloss und Philipps-Universität und die Behring-Werke werden auf der ganzen Welt mit Marburg in Verbindung gebracht. Diese drei Säulen mit heutigem Fundament haben es verdient, an einem zentralen Ort in der Stadt für Marburgerinnen und Marburger und für Gäste augenfällig präsent zu sein.

Diese Idee habe ich am Außenaufzug des Parkhauses Pilgrimstein umgesetzt.

Toleranz, Talent und Technologie - diese drei großen T's, strahlen nun hinein in die Stadt.

Ganz wichtig ist mir auch die Spiegelfläche.

Eine chinesische Weisheit besagt: „Wer sich im Spiegel sieht, denkt über sich selbst nach und zerstört nicht.“ Und: der Spiegel macht deutlich, jede und jeder ist wichtig.

Gekostet hat das Kunstwerk rund 4.500 Euro. Bezahlt wurde es aus einer Spende.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 20 bis Nr. 29 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 11 Stadteigene Liegenschaft Sudetenstraße 26 b
Vermietung an den Christustreff
Vorlage: VO/1469/2010

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Im Sozialausschuss hat die Fraktion Marburger Linke folgende Änderung beantragt: "die Stadteigene Liegenschaft Sudetenstraße 26 b wird an Rechenkraft e. V. vermietet."

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung jedoch mehrheitlich, die Zustimmung zu dem Ausgangsantrag des Magistrats. Aussprache wurde von der Fraktion Marburger Linke angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus dem Sozialausschuss abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltungen der MBL-Fraktion und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke wird abgelehnt.

Abstimmung über den Ausgangsantrag des Magistrats:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Zustimmung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die stadteigene Liegenschaft Sudetenstraße 26 b wird an den Christustreff der Jesus-Gemeinschaft vermietet. Der Christustreff wird ein Begegnungszentrum am Richtsberg für Kinder und Jugendliche betreiben.

Zur Finanzierung soll ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt dem Christustreff ein Zuschuss in Höhe von 13.200,00 € jährlich gewährt werden. Der Magistrat wird gebeten, diesen Zuschuss zum Haushalt anzumelden.

zu 14.5 Antrag der MBL-Fraktion betr. Auswirkungen der Einsparungen im
Landeskultusetat auf die Marburger Schulen
Vorlage: VO/1209/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Anschließend berichtet Stadträtin Dr. Weinbach zur Situation in den Marburger Schulen. Die Stellungnahme ist mit dem Staatlichen Schulamt abgestimmt und wird wie folgt zu Protokoll gegeben:

- Im „normalen“ Unterricht ist keine Kürzung zu verzeichnen. Die Zuweisung ist zu 100 % erfolgt und wurde vom Staatlichen Schulamt zu 99,5 % an die Schulen weitergeleitet; mit dem restlichen halben Prozent wird in besonderen Situationen nachgesteuert.
- Konkrete Einsparungen wurden vorgenommen bei:
 - o verschiedenen Unterstützungsleistungen bspw. bei der Erarbeitung der Bildungsstandards,
 - o bei den Fachberatern im Staatlichen Schulamt,
 - o bei ergänzenden Zuweisungen wie bspw. dem Projekt Schule und Verein oder - in Marburg besonders deutlich - dem Jugendwaldheim Roßberg,
 - o bei den Leistungen des Freiwilligen Sozialen Jahres.
- Bei den Vertretungsmitteln wurde auf dem Hintergrund der Erfahrung, dass diese Mittel selten von den Schulen ausgeschöpft wurden, eine Kürzung landesweit vorgenommen. Für die Schulen in Marburg ist dies kein Nachteil, da bei einer Ausschöpfung der Mittel der Schule das SSA in die Regelungspflicht einbezogen wird.
- Für viele Bereiche müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, so dass das Hessische Schulgesetz zum 01.08.2011 geändert werden soll.
- Klar ist, dass mit diesen, bisher eher kleinen Maßnahmen, das Ziel, 45 Millionen Euro einzusparen, - noch - nicht erreicht ist.

Anschließend erklärt der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) für die Antragssteller, dass der Antrag damit erledigt sei. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.11 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Lärminderungsmaßnahmen B3a
Vorlage: VO/1380/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde von den Antragsstellern gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Schaffner (CDU), Dr. Musket (SPD) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke und bei Nein-Stimmen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sich über seine Stellungnahme zum Lärmaktionsplan hinaus auch weiterhin für die Durchsetzung der von der Stadt Marburg und aus der Bevölkerung eingebrachten Maßnahmenvorschläge (Lärmaktionsplan Hessen, 5.1.2 Tabelle 13) einzusetzen. Insbesondere betrifft dies ein kurzfristig und mit einem geringen Aufwand an finanziellen Mitteln umsetzbares Tempolimit mit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW.

**zu 14.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Volksabstimmung
Schuldenbremse
Vorlage: VO/1383/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 14.14 aufgerufen und beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Die Ziffer 1 des Antragstensors wurde im Haupt- und Finanzausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (STVV) lehnt eine überstürzte Verankerung der sogenannten "Schuldenbremse" in der hessischen Landesverfassung aus kommunalpolitischen Gründen ab.

Die Einfügung des Wortes "überstürzte" wurde vom Stadtverordneten Göttling im Haupt- und Finanzausschuss beantragt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser geänderten Fassung der Ziffer 1 des Antrages.

Die Ziffer 2. des Antragstensors wird vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Die Ziffern 3. und 4. des Antragstensors wurden von der antragstellenden Fraktion Marburger Linke gestrichen.

Die Fraktion Marburger Linke hat im Haupt- und Finanzausschuss die Aussprache angemeldet.

Zum Tagesordnungspunkt 14.14, Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Initiative zu den Gemeindefinanzen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Ablehnung. Auch hier wurde von der antragstellenden Fraktion die Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP), Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Weiterhin sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Acker (SPD) und erneut Sawalies (FDP).

Während der Aussprache hat von 17:50 Uhr bis 18:09 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach Beendigung der Aussprache stellt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst die Ziffer 1 des Antragstensors des Tagesordnungspunktes 14.12 zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die Stimmen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) lehnt eine überstürzte Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Hessischen Landesverfassung aus kommunalpolitischen Gründen ab.**

Abstimmung über Ziffer 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Fraktionen der Regierungskoalition im Hessischen Landtag auf, ihre Pläne aufzugeben, eine Volksabstimmung zur Verankerung dieser „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung gleichzeitig mit der Kommunalwahl am 27. März 2011 durchzuführen.**

**zu 14.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Initiative zu den Gemeindefinanzen
Vorlage: VO/1385/2010**

Der Antrag wurde bereits in Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 14.12 aufgerufen und beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag TOP 14.14 wird abgelehnt.

zu 15 Große Anfragen der Fraktionen

**zu 15.1 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Armut in Marburg
Vorlage: VO/1050/2010**

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Die Große Anfrage wurde in der Sitzung des Sozialausschusses am 18. August beraten. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke), Severin (SPD) und Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Informationen zur Kenntnis.

**zu 5 Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: VO/1357/2010**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die Ergebnisse der Jahresrechnung 2008 werden wie folgt festgesetzt:**

Verwaltungshaushalt:

Einnahmen	219.672.180,01 €
Ausgaben	219.672.180,01 €

Vermögenshaushalt:

Einnahmen	67.078.204,12 €
Ausgaben	67.078.204,12 €

- 2. Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Stadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 HGO**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt die Umsetzung einer leistungsgerechten Bezahlung für besonders qualifizierte und erfahrene Tagespflegepersonen, die eine pädagogische Ausbildung abgeschlossen haben oder über eine mindestens achtjährige Berufserfahrung als anerkannte Tagespflegeperson verfügen und in dieser Zeit regelmäßig an Fortbildungen teilgenommen haben. Diese Tagespflegepersonen erhalten ab dem 1. Oktober 2010 einen Zuschlag von 10% auf die bisherige kommunale Zuwendung.

zu 12 Dringlichkeitsanträge

Es stehen keine Vorlagen zur Beratung an.

zu 13 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 13.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche in Marburger Museen
Vorlage: VO/1476/2010**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Initiative des Kinder- und Jugendparlaments.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob für Kinder und Jugendliche kostenloser Eintritt in Marburger Museen möglich ist.

zu 14 Anträge der Fraktionen

**zu 14.1 Antrag der MBL-Fraktion betr. Umgang mit Prüfanträgen
Vorlage: VO/1063/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat beraten worden. Es wurde vereinbart, ihn bis zur Oktobersitzung zu vertagen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Tagesordnungspunkt zurück

bis zur Oktobersitzung.

**zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sitzungssaalausstattung durch WLAN-Zugang
Vorlage: VO/1194/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat beraten worden. Es wurde vereinbart, die Vorlage zurückzustellen bis zur Novembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum November.

**zu 14.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einführung einer Bürgerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: VO/1197/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat beraten worden. Es wurde vereinbart, die Vorlage zurückzustellen bis zur Novembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum November.

**zu 14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung: Internet Live Stream der Ausschußsitzungen und der Stadtverordnetenversammlungen einrichten
Vorlage: VO/1198/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat beraten worden. Es wurde vereinbart, die Vorlage zurückzustellen bis zur Novembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum November.

**zu 14.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniotaxi
Vorlage: VO/1304/2010**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext ist bereits in der Augustsitzung des

Sozialausschusses auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen in Marburg ein Seniorentaxi eingeführt werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Antragsfassung aus dem Sozialausschuss übernommen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem so geänderten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen in Marburg ein Seniorentaxi eingeführt werden kann.

**zu 14.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniorensicherheitsberater
Vorlage: VO/1348/2010**

Die Vorlage ist der Septembersitzung des Sozialausschusses von der antragstellenden CDU-Fraktion zurückgezogen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Transparenz von
Bauvorhaben
Vorlage: VO/1356/2010**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag der Marburger Linken ist im Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich für erledigt erklärt worden. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, sich diesem Votum anzuschließen.

Für die Antragsteller spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat nimmt Bürgermeister Dr. Kahle Stellung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

zu 14.9 Antrag der FDP-Fraktion betr. Umbenennung der „Sommerbadstraße“ im Stadtteil Weidenhausen in „Hermannstädter Straße“

Vorlage: VO/1374/2010

Die Vorlage ist von der FDP-Fraktion im Ältestenrat zurückgestellt worden. Zunächst sollen weitere Informationen eingeholt werden, z. B. eine Stellungnahme der Partnerstadt Hermannstadt/Sibiu.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

zu 14.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sanierung des Turnergartens

Vorlage: VO/1376/2010

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Die Fraktion Marburger Linke hat den Antrag anschließend zurückgezogen. Er wird eventuell neu eingebracht.

zu 14.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Emil-von-Behring-Labor Wannkopfstraße

Vorlage: VO/1384/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss eingehend beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, die Vorlage für erledigt zu erklären.

Zum Antrag spricht für die Fraktion Marburger Linke der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth. Für den Magistrat nimmt Bürgermeister Dr. Kahle Stellung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

**zu 14.15 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Initiativen zum Wohnungstausch
Vorlage: VO/1466/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Als drittes Gremium hat der Bau- und Planungsausschuss den Antrag beraten. Auch er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Einführung einer institutionalisierten Wohnungstauschbörse für ältere Menschen und Familien in Zusammenarbeit mit den Trägern des sozialen Wohnungsbaus zu prüfen und für die Idee des Wohnungstausches offensiv zu werben.

**zu 14.16 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Ökologische Baubegleitung Campus Firmanei
Vorlage: VO/1467/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Stadtverordnete Dr. Musket (SPD).

Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, beim Neubau der Zentralen Universitätsbibliothek auf dem Campus Firmanei, insbesondere zum Schutz des Alten Botanischen Gartens, die Begleitung der Baumaßnahmen durch eine unabhängige Ökologische Baubegleitung zu prüfen und dazu mit der Universität Marburg und dem Hessischen Baumanagement in Kontakt zu treten.

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr vorgelegt werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dem geänderten Antrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, bei Nein-Stimmen der CDU und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, beim Neubau der Zentralen Universitätsbibliothek auf dem Campus Firmanei, insbesondere zum Schutz des Alten Botanischen Gartens, die Begleitung der Baumaßnahmen durch eine unabhängige Ökologische Baubegleitung zu prüfen und dazu mit der Universität Marburg und dem Hessischen Baumanagement in Kontakt zu treten.

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr vorgelegt werden.

**zu 14.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zugang zum Lahnweg
Vorlage: VO/1479/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antrag ist im Umweltausschuss verändert worden. Der Antragstenor hat folgende Fassung erhalten:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Weg auf dem Damm parallel zur Dörffler- und August-Rohde-Straße mit einer neuen Bitumenschicht herzurichten.

Die Finanzmittel für die Maßnahme sollen zum Haushalt 2012 angemeldet werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den geänderten Antragstext aus dem Umweltausschuss übernommen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Weg auf dem Damm parallel zur Dörffler- und August-Rohde-Straße mit einer neuen Bitumenschicht herzurichten.

Die Finanzmittel für die Maßnahme sollen zum Haushalt 2012 angemeldet werden.

**zu 14.18 Antrag der MBL-Fraktion betr. Verwendung allgemein üblicher und anerkannter Kennzahlen zur Darstellung der aktuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen
Vorlage: VO/1481/2010**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur Oktobersitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 14.19 Antrag der MBL-Fraktion betr. Unternehmensgruppe Stadtwerke GmbH, Jahresfehlbeträge und negatives Eigenkapital der Tochterunternehmen
Vorlage: VO/1482/2010**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur Oktobersitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 14.20 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sozialplaner/in
Vorlage: VO/1483/2010**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Stelle eines Sozialplaners/einer Sozialplanerin unverzüglich auszuschreiben.

zu 16 Kennntnisnahmen

**zu 16.1 Infrastrukturbericht 2009
Vorlage: VO/1484/2010**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Infrastrukturbericht 2009 zur Kenntnis.

**zu 16.2 Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung
Vorlage: VO/1497/2010**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem Rundschreiben des Hessischen Städtetages vom 6. September 2010 Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:27 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -**

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Dr. Ralf Musket
Wilhelm-Busch Straße 57

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24.09.2010

hier: Frage Nr. 20

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, ob eine Bebauung der Grünflächen im Bereich der Wohnhäuser zwischen Großseelheimer Straße und Kantstraße beabsichtigt und genehmigt ist.

Sehr geehrter Herr Dr. Musket,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Es gibt einen Bauantrag, der allerdings nach jetzigem Stand der Überlegungen abgelehnt werden wird.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Monika Biebusch
Wittelsberger Straße 15

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24.09.2010

hier: Frage Nr. 21

Auf der Homepage der Stadt Marburg sind die städtischen Kindergärten einzeln mit Text und Bild vorgestellt, sodass sich die Eltern einen guten ersten Eindruck verschaffen können. Aber wann wird der Text, das Bild und die Adresse des städt. Kindergartens Bauerbach aktualisiert, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass das alte Gebäude inzwischen an einen privaten Bauherrn zu Wohnzwecken verkauft wurde?

Sehr geehrte Frau Biebusch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der neue Kindergarten wird im November 2010 bezogen. Der Kindergarten Bauerbach befindet sich bis zum Umzug weiterhin in dem Gebäude in der Bauerbacher Str. 31. Eine Aktualisierung der Angaben im Internet wird dann erfolgen, z. Zt. sind Bild und Adresse im Internet noch richtig dargestellt. Nicht mehr aktuell ist allerdings tatsächlich die Angabe zu den Öffnungszeiten und den Plätzen. Es gibt inzwischen 20 Mittagsplätze bis 14 Uhr. Mit Eröffnung der neuen KiTa im November werden die Öffnungszeiten von 7 Uhr bis 17 Uhr erweitert.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Hartmut Hebert-Henkel

Huteweg 8b

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom

24.09.2010

hier: Frage Nr. 22

Der Magistrat möge prüfen, dass Veranstaltungen von Parteien, die im Bürgerhaus genehmigt sind, auch in diesem Hause mit Plakaten oder Aushang beworben werden dürfen.

Werden alle Marburger Bürgerhäuser bei Veranstaltungen dieser Art gleich gehandhabt?

Sehr geehrter Herr Hebert-Henkel,
die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In den allgemeinen Vertragsbedingungen für die Verwaltung und Benutzung der Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen in der Universitätsstadt Marburg ist im § 6 die Werbung für Veranstaltungen geregelt. Hier heißt es: „1. Die Werbung für die Veranstaltung ist alleinige Sache des Mieters/der Mieterin, in den Räumen und auf dem Gelände des Vermieters bedarf sie der besonderen Einwilligung des Vermieters.

2. Der Mieter/die Mieterin verpflichtet sich, für die von ihm im Mietobjekt vorgesehene Veranstaltung nur über rechtlich zugelassene Maßnahmen (z. B. der Deutschen Städtereklame) zu werben und jegliche Anbringung von Veranstaltungsplakaten ohne die nach öffentlichem Recht oder Privatrecht erforderlichen Genehmigungen („wildes Plakatieren“) zu unterlassen. Plakatierung an Bauzäunen ohne Sondernutzungserlaubnis ist verboten.“

Ergänzend hierzu ist zu sagen, dass gem. § 1, Abs. 1, der Magistrat den Ortsvorsteher/die Ortsvorsteherin mit der Verwaltung und Vermietung beauftragt hat. Wir gehen davon aus, dass in allen Marburger Bürgerhäusern nach dieser Regel verfahren wird.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel

Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT

DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

- 09 -

Marburg, 30.09.2010

Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete

Anita Kaufmann
Rollwiesenweg 2a

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
24.09.2010**

hier: Frage Nr. 23

Der Kinderspielplatz am Rabenstein/Hansenhaus ist seit mehreren Wochen gesperrt. Kann der Magistrat Auskunft geben, weshalb und wann hier mit einer Öffnung zu rechnen ist?

Sehr geehrte Frau Kaufmann,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Seit der ersten Septemberwoche ist der Platz wieder geöffnet. Auf dem Spielplatz wurden umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt. Aus Sicherheitsgründen wurde dazu der gesamte Platz gesperrt. Abgängige Spielgeräte wurden abgebaut und durch neue Geräte ersetzt. Außerdem wurde der Fallschutz erneuert, der alte Rindenmulch wurde gegen frischen Spielsand ausgetauscht.

Die Freigabe des Platzes hatte sich leider verzögert, weil an einem neuen Spielgerät ein herstellerbedingter Sicherheitsmangel festgestellt wurde, der vom Hersteller zu beseitigen war.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

- 09 -

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau

Stadtverordnete
Johanna Seelig
Lönsweg 13

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24.09.2010

hier: Frage Nr. 24

Wie vereinbart der Magistrat es mit der erforderlichen Transparenz und der objektiven Information der Stadtverordneten über die Meinungsbildung in seinen Beiräten, falls es zutrifft, dass im Denkmalbeirat neuerdings bei einer Beschlussfassung ein abweichendes Votum nicht mehr zu Protokoll gegeben werden kann?

Sehr geehrte Frau Seelig,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Protokolle des Denkmalbeirates sind Ergebnisprotokolle und geben das Ergebnis der Abstimmung nach außen weiter. Aus dem Abstimmungsergebnis (Ja-, Nein-Stimmen und Enthaltungen) ist zu erkennen, ob ein abweichendes Votum zu dem Beschluss abgegeben wurde. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden des Denkmalbeirates erstellt und dem Beirat zur Verabschiedung in der Folgesitzung vorgelegt. Diese Vorgehensweise entspricht voll und ganz der üblichen Praxis demokratisch arbeitender Gremien.

Hintergrund der Fragestellung ist wohl folgender: Ein Mitglied des Denkmalbeirates hatte mehrfach beantragt, zu dem zur Abstimmung stehenden Protokoll ein eigenes Votum hinzuzufügen. Dies hat der Denkmalbeirat nicht gebilligt. Folgerichtig hat dann auch der Denkmalbeirat nach den Unstimmigkeiten der letzten Sitzung in der 43. Sitzung mit nur einer Gegenstimme beschlossen, dass die in dem genehmigten Protokoll festgehaltene Entscheidung die einzig gültige Aussage des Denkmalbeirates ist.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Johanna Seelig
Lönsweg 13

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24.09.2010

hier: Frage Nr. 25

Anfang Juli bekam die Verbindungsstraße zwischen Schröck und Moischt z. T. eine neue Decke. Bisher ist die Fahrbahnmarkierung noch nicht angebracht. Wann wird die entsprechende Maßnahme nachgeholt, damit das Hinweisschild entfernt werden kann?

Sehr geehrte Frau Seelig,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Kreisstraße 37 zwischen den Stadtteilen Schröck und Moischt befindet sich außerhalb der Ortsdurchfahrten in der Baulast des Kreisausschusses des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Die Verwaltung der Kreisstraßen wird vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen Marburg mit der Straßenmeisterei Marburg in dessen Auftrag wahrgenommen.

Nach Auskunft des Leiters der Straßenmeisterei Marburg sind die Mittel für Markierungsarbeiten bereits ausgeschöpft und es werden in diesem Jahr entsprechend

keine Markierungsarbeiten mehr ausgeführt.

Daher kann frühestens im Frühjahr 2011 bei geeigneter Witterung mit der Ausführung der Markierungsarbeiten in dem Streckenabschnitt der K 37 zwischen Schröck und Moischt gerechnet werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT

Marburg, 30.09.2010

DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Roger Pfalz
Magdeburger Straße 31

35041 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
24.09.2010**

hier: Frage Nr. 26

**Wieviele öffentliche Mittel (Gelder, Personalaufwand, Sachleistungen einschl.
Soziale-Stadt-Mittel) sind für das Sommerfest am Richtsberg am 11.09.2010
aufgewendet worden?**

Sehr geehrter Herr Pfalz,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Traditionell wird das Stadtteilstfest am Richtsberg abwechselnd am oberen und unteren Richtsberg durchgeführt. Die Feste werden immer gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit im Stadtteil (hier sind alle Akteure des Stadtteils vertreten) und den Bewohnergruppen geplant, organisiert und durchgeführt. Die Aufwendungen werden aus den jeweiligen Budgets der Institutionen getragen. Es werden keine besonderen Mittel aufgewendet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT

Marburg, 30.09.2010

DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Philipp Stompfe
Annablickweg 12

35041 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
24.09.2010**

hier: Frage Nr. 27

Wieviele Parkplätze existieren planmäßig unmittelbar hinter der Stadthalle, wie viele sind davon tatsächlich nutzbar und wie viele sind für Beschäftigte oder besondere Personengruppen (z. B. Schwerbehinderte) reserviert?

Sehr geehrter Herr Stompfe,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Unmittelbar hinter der Stadthalle sind 24 Parkplätze vorhanden.

Von diesen 24 Parkplätzen sind 4 für Schwerbehinderte reserviert. 4 Plätze sind durch dort abgestellte Müllcontainer nicht nutzbar, so dass 16 zur allgemeinen Nutzung zur Verfügung stehen.

Für Beschäftigte sind keine Parkplätze reserviert.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Egon Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14a

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
24.09.2010**

hier: Frage Nr. 28

**Wie waren der Behinderten- und der Seniorenbeirat an der baulichen
Gestaltung und Einrichtung/Möblierung des BIP beteiligt?**

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

An der baulichen Gestaltung und Möblierung waren die Mieter des BIP von Anfang an beteiligt. Die Aufstellung der Räume, die Möblierung usw. wurden gemeinsam abgestimmt. Der Senioren- und der Behindertenbeirat wurden mehrmals über das Bauprojekt informiert.

Die Möblierung des offenen Bereichs hat der Architekt vorgenommen. Der Behinderten- und Seniorenbeirat war daran nicht beteiligt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 30.09.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14a

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
24.09.2010**

hier: Frage Nr. 29

**Hat das Jugendamt bei der Kostenerstattung im Rahmen der 8a Beratung
verschiedenen Trägern unterschiedliche Stundensätze angeboten und wie
begründet es diese unterschiedliche Kostenerstattung für die gleichen
Leistungen?**

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie hat im Rahmen der Vereinbarung zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII mit den folgenden Trägern weiterführende Vereinbarungen zur Erbringung von Beratungsleistungen durch eine insoweit erfahrene Fachkraft abgeschlossen:

- Erziehungsberatungsstelle des Vereins für Erziehungshilfe e.V., Ortenberg
- Psychologische Beratungsstelle Philippshaus, Diakonisches Werk Oberhessen
- Deutscher Kinderschutzbund Marburg-Biedenkopf e.V.
- Wildwasser Marburg e.V.

Die zu erbringende Beratungsleistung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft wird auf der Grundlage einer Entgeltvereinbarung vergütet. Diese richtet sich für alle Träger rechtlich verbindlich nach der „Hessischen Rahmenvereinbarung für die Gestaltung der Einzelvereinbarungen nach §§ 78a ff SGB VIII, Berechnungsgrundlage der Entgelte für Fachleistungsstunden als Zusatzleistungen“.

Die Berechnungsgrundlage liegt allen Trägern vor. Sie beinhaltet eine Berechnung der Jahresarbeitszeit, welche für alle Verhandlungspartner gleich ist, sowie die

Berechnung des Entgelts für Fachleistungsstunden. Hier ist die Kalkulation an die tatsächliche tarifliche Eingruppierung der ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden. Die tarifliche Eingruppierung darf gemäß der Allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest) nicht höher sein, als die Bezahlung, die die Kommune gemäß den tariflichen Bestimmungen für die Erbringung der Leistung aufbringt.

Die differierenden Stundensätze, welche sich aus der Kalkulationsgrundlage ergeben, sind unterschiedlichen Bezahlungsstrategien im Bereich der Erziehungsberatung geschuldet und durch die unterschiedlichen tariflichen Eingruppierungen auf Basis der jeweiligen Qualifikation (Dipl.-PädagogIn. oder Dipl.-PsychologIn) zu erklären. Diese Eingruppierung ist von den Trägern in der Kalkulation angegeben und seitens des Fachbereichs so akzeptiert worden.

Die unterschiedlichen Stundensätze in der Entgeltvereinbarung erklären sich also aus den jeweiligen realen Eingruppierungen der ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kooperationsträger und werden auf Basis einer für alle rechtlich verbindlichen Rahmenvereinbarung abgeschlossen.

Mit der Erziehungsberatungsstelle des Vereins für Erziehungshilfe e.V., Ortenberg wurde im übrigen keine Einzelvereinbarung abgeschlossen, da die hier zu erbringenden Leistungen bereits durch die Leistungs- und Förderungsbedingungen abgedeckt sind.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister